

Klausur

Hoheitliches Handeln im demokratischen Rechtsstaat

1. PT SoSe 2020 - 17.07.2020 - 90 min Bearbeitungszeit

Zum Bestehen sind 15 Punkte von möglichen 31 Punkten notwendig.

Teil 1 (20 Punkte)

Wählen Sie bitte die korrekten Antworten aus. Beachten Sie, dass mindestens eine, aber auch mehrere Antwortmöglichkeiten korrekt sein können.

1. Unter „objektiv-öffentlichem Recht“ versteht man...

- a.) öffentlich-rechtliche Normen, die auch „Nichtjuristen“ verstehen.
- b.) die Gesamtheit aller öffentlich-rechtlichen Normen.
- c.) öffentlich-rechtliche Normen mit enthaltenem Individualanspruch.
- d.) einzig Normen des polizeilichen Gefahrenabwehrrechts.

2. Verwaltungsakte (§ 35 S. 1 VwVfG) können erlassen werden von:

- a.) Prüfungsausschuss einer Fakultät als Behörde im Sinne des VwVfG
- b.) Selbstständiger Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei
- c.) Präsident des Bundestags
- d.) Diensthabender Wärter eines öffentlichen Parkhauses
- e.) Keine Antwort ist richtig

3. Ein Verwaltungsakt (s.o.) umfasst u.a. das Tatbestandsmerkmal:

- a.) Verhältnismäßigkeit
- b.) Hoheitliche Maßnahme
- c.) Ermessen
- d.) Einzelfall

4. Ein Verwaltungsakt (s.o.) kann grds. wie folgt charakterisiert werden:

- a.) Handlungsinstrument der Exekutive
- b.) Handlungsinstrument der Legislative
- c.) Handlungsinstrument der Judikative
- d.) Handlungsinstrument der Alternative

5. Welches Merkmal besitzt die Allgemeinverfügung (§ 35 S. 2 VwVfG)?

- a.) abstrakt-individuell
- b.) konkret-individuell
- c.) abstrakt-generell
- d.) individuell-generell
- e.) konkret-generell

6. Welche Nebenbestimmungen i.S.d. § 36 VwVfG kennen Sie?

- a.) Bedingungsvorbehalt
- b.) Hinweisvorbehalt
- c.) Auflagevorbehalt
- d.) Befristung
- e.) Inhaltsbestimmung

7. Welche Art(en) von Nebenbestimmung(en) ist/sind isoliert anfechtbar?

- a.) Inhaltsbestimmung
- b.) Auflage
- c.) Modifizierte Gewährung
- d.) Hinweis

8. Was ist das Besondere der Befristung als Nebenbestimmung i.S.d. § 36 VwVfG?

- a.) Die Rechtswirkung der Befristung tritt immer zum nächsten 01. in Kraft.
- b.) Die Befristung kann auflösend bzw. aufschiebend ausgestaltet sein.
- c.) Die Befristung hängt vom Eintritt eines ungewissen Ereignisses ab.
- d.) Die Befristung eines VA kann ausschließlich bei sog. gebundener Verwaltung verfügt werden.

9. Was bedeutet grundsätzlich Widerruf eines Verwaltungsaktes nach § 49 VwVfG?

- a.) Ein bestandskräftiger rechtswidriger VA wird behördlich widerrufen.
- b.) Ein bestandskräftiger rechtmäßiger VA wird behördlich aufgehoben.
- c.) Ein rechtswidrig belastender VA wird behördlich zurückgenommen.
- d.) Eine rechtmäßige Nebenbestimmung wird zurückgenommen.

10. Den Grundsatz Vorbehalt des Gesetzes kann man auch erklären mit:

- a.) Kein Verstoß gegen geltendes Recht.
- b.) Kein staatliches einschränkendes Handeln ohne gesetzliche Grundlage.
- c.) Öffentliches Recht beinhaltet immer Individualansprüche.
- d.) Verstöße gegen Verordnungen bzw. Satzungen sind oft rechtmäßig.

11. Auswahlermessen bedeutet ...

- a.) die Wahl von Handlungsoptionen im Rahmen der Eingriffsverwaltung.
- b.) die Entscheidung einer Behörde, gegebenenfalls nicht tätig zu werden.
- c.) ein Verwaltungsakt willkürlich ausgestalten zu können.
- d.) immer Nachteile für den, in dessen Rechte eingegriffen wird.

12. Welche Arten von Ermessensfehlern kennen Sie?

- a.) Ermessensreduktion auf Null
- b.) Ermessenssondergebrauch
- c.) Ermessensnichtgebrauch
- d.) Ermessenssondergebrauch

13. Bestandteile einer Verhältnismäßigkeitsprüfung sind:

- a.) Legitimer Zweck
- b.) Erforderlichkeit
- c.) Gerechtigkeit
- d.) Angemessenheit
- e.) Besonnenheit

14. In welchem Zusammenhang steht die sog. „3-Tages-Fiktion“?

- a.) Ab dem dritten Krankheitstag muss dem Arbeitgeber eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorgelegt werden.
- b.) Z.B. zur Fristberechnung bei postalisch versendeten Verwaltungsakten.
- c.) Bei der öffentlichen Bekanntgabe von Allgemeinverfügungen.
- d.) Das eigenständige Melden von begangenen Straftaten innerhalb von drei Tagen wirkt strafmildernd.

15. Was bedeutet Sonderrecht des Staates?

- a.) Immer dann, wenn ein Träger öffentlicher Gewalt in jedem denkbaren Anwendungsfall berechtigt oder verpflichtet wird, handelt es sich um Sonderrecht des Staates.
- b.) Wenn unter anderem ein Träger öffentlicher Gewalt in ausgewählten Anwendungsfällen berechtigt oder verpflichtet wird, handelt es sich um Sonderrecht des Staates.
- c.) Sonderrecht des Staates steht im Zusammenhang mit der deutschen Monarchie und ermächtigt diese, die bestehende Gewaltenteilung aufzulösen.
- d.) Sonderrecht des Staates liegt z.B. vor, wenn von Steuergeldern im Rahmen der Bedarfsverwaltung Büromaterial erworben wird.

16. Welche allgemeinen Grundsätze sind bei einer Normenanwendung zu beachten?

- a.) Das ältere Gesetz verdrängt das neuere.
- b.) Beliehene i.S.d. Verwaltungsrechts unterliegen keiner Gesetzesbindung.
- c.) Das allgemeine Gesetz verdrängt das spezielle.
- d.) Einmalige Verstöße gegen Vorschriften sind grundsätzlich unbeachtlich.

17. Welche verwaltungsrechtliche Klagearten haben Sie im Rahmen der Vorlesung kennengelernt?

- a.) Planungssonderklage
- b.) Verbundklage
- c.) Sonderrechtsklage
- d.) Anfechtungsklage
- e.) Musterfeststellungsklage
- f.) Ermessensklage

18. Welche Kriterien müssen u. a. erfüllt sein, damit eine Anfechtungsklage nach § 42 Abs. 1 VwGO zulässig ist?

- a.) Korrekter Klagegegner
- b.) Nachvollziehbare Begründetheit
- c.) Statthaftigkeit der Klage
- d.) Ermessensanwendung
- e.) Klagebefugnis des Klägers

19. Die Normenhierarchie besagt:

- a.) Seit der Weimarer Republik gibt es kein Rangverhältnis zwischen Normen mehr.
- b.) Der Bundespräsident als deutsches Staatsoberhaupt ist legitimiert, staatliches Handeln eigenmächtig zu verfügen oder zu unterbinden (das sog. „Höchstenrecht“).
- c.) Das Bundesverwaltungsgericht als höchste verwaltungsrechtliche Gerichtsstanz darf Notgesetze zur Schaffung und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen.
- d.) Die Monarchie darf im Krisenfall die bestehende Gewaltenteilung durch das Sonderrecht des Staates wieder ablösen.
- e.) Keine der aufgeführten Antworten ist richtig.

20. Welche Aussage/n zur Normenhierarchie ist/sind korrekt?

- a.) Das Grundgesetz steht über dem Sozialrecht.
- b.) Das Sozialrecht steht über dem Grundgesetz.
- c.) Das Sozialrecht unterliegt nicht der Normenhierarchie.
- d.) Die Normenhierarchie gilt nur in Schaltjahren.
- e.) Es gibt in Deutschland keine Normenhierarchie.

21. Welche Musikstücke wurden als allgemeine Erheiterungsmaßnahme im Rahmen der anfänglichen Vorlesungsfolienvertonung Hoheitliches Handeln im Sommersemester 2020 vom Dozenten vorgespielt?*

- a.) Don't stop believing - Journey
- b.) Wake me up before you go go - Wham
- c.) Dust in the Wind - Kansas
- d.) Griechischer Wein - Udo Jürgens
- e.) Himbeereis zum Frühstück - Hoffmann und Hoffmann
- f.) Über den Wolken - Reinhard Mey
- g.) Hulapalu - Andreas Gabalier

*Hier kann ein zusätzlicher Punkt erworben werden. Regulär entsprechen 30 Punkte der maximalen Punktzahl.

Teil 2 (10 Punkte)

Erläutern Sie bitte, ob es sich bei den folgenden Sachverhalten um einen wirksamen Rechtsakt nach § 35 VwVfG handelt. Liegt ein solcher vor, prüfen Sie bitte jedes Tatbestandsmerkmal einzeln durch! Liegt ein solcher nicht vor, bedarf es der Prüfung nur eines Ihrer Ansicht nach nicht vorliegenden Tatbestandsmerkmals. Die Verwendung des Gutachtenstils ist hier nicht notwendig. Stichworte sind nicht zulässig.

1. Ein Mitarbeiter des städtischen Friedhofsamts setzt den von der Stadtverwaltung gesponserten Grabstein auf dem Grab des kürzlich verstorbenen und hochverehrten Oberbürgermeisters der Stadt L.
2. Die zuständige Sachbearbeiterin T des Jugendamts der Stadt K verfügt formell korrekt die behördliche Inobhutnahme eines Kindes. Die materielle Rechtmäßigkeit ist allerdings fraglich.
3. Der Bürgermeister der in NRW gelegenen Stadt S erlässt in seiner Funktion als Behörde wegen einer drohenden Pandemie auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes die formell und materiell rechtmäßige Anordnung, dass im Zuständigkeitsgebiet liegende Gaststätten für die nächsten vier Wochen nicht mehr öffnen dürfen.
4. Der ehemalige TÜV-Prüfer, Dipl.-Ingenieur und Kraftfahrzeugwerkstattmeister S verbietet seinem guten Kunden K im Rahmen einer Reparatur die Weiterfahrt, da sein Fahrzeug massive Mängel an der Scheibenwischanlage aufweist.
5. Oberamtsrat O, der am Vormittag eine Baugenehmigung für seinen Nachbar N erlassen und zu Post gegeben hat, ärgert sich abends so sehr über die schnatterfreudigen Gänse des Nachbarn, dass er die Baugenehmigung am Folgetag aus dem Briefkasten des N fischt und vernichtet. N hat keine Kenntnis von dem Vorfall und fragt sich, wo die Baugenehmigung bleibt.
6. Professor O rügt seine Studentin S, künftig in Klausuren leserlicher zu schreiben.